



## **FRAGE**

---

**Der jüngste europaweite Banken-Stresstest hat den beteiligten deutschen Geldhäusern zwar ausreichende Kapitalquoten attestiert. Vor allem Häuser wie Deutsche Bank und Commerzbank landeten bei den 51 europaweit geprüften Häusern nur auf den hinteren Rängen. Halten Sie das deutsche Bankensystem insgesamt für stabil genug, um zukünftige Börsen-/Konjunkturinbrüche zu überstehen?**

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die aktuelle Gefährdung des deutschen Bankensystems geht eindeutig von der Zinspolitik der EZB aus.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Die Ausstattung mit erstklassigem haftenden Eigenkapital ist unzureichend.

**Prof. Dr. Bernd Genser** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Den Landesbanken fehlt weiterhin ein Geschäftsmodell; das Geschäftsmodell der Sparkassen und Volksbanken kommt durch die Nullzinspolitik zunehmend unter Druck

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Politik (EWU, Bankenaufsicht usw.) führt in die nächste Krise. Mit der neg. Zinspolitik sowie überbordenden Restriktionen bei Vernachlässigung der Ertragskraft und Stabilität der Banken und übermäßiger Betonung der Markt-Risiken mit der Tendenz zum „Vollgeld“ entziehen sie dem Bankensystem den Boden. Als monetäre Intermediäre dominieren Goldman-Sachs-Zocker.

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** em. Professor, Universität zu Köln:

Die Gefahr von Kreditausfällen ist in Deutschland gering, so dass die schwache Kapitalausstattung weniger ins Gewicht fällt.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die nächste Finanzkrise kommt bestimmt - nur wann?

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Ohne profitables Geschäftsmodell keine Stabilität.

**Prof. emeritus Dr. Wolfgang Ströbele** Professor Emeritus, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Wenn die EZB noch ein paar Jahre mit der extremen Geldschwemme weiter macht, gerät sehr viel aus den Fugen.



**Prof. Dr. Harald Hagemann** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Hohenheim:

Das größte Risiko für das deutsche Bankensystem ist die EZB

**Dr. Dirk Ehnts** Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:

Das Finanzsystem ist immer noch fragil, die Reformen waren zaghaft. Die Kapitalmarktunion würde die Risiken wieder deutlich hochschrauben. Viele Banken haben kein tragbares Geschäftsmodell, dazu sind Aktien- und Immobilienpreise gerade stark angestiegen.

**Volker Hofmann** Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Mittelfristig wird die Negativzinspolitik zu einem immer gravierenderen Belastungsfaktor. Negative Zinsen pulverisiert die Ertragsperspektiven der Banken, beschädigen die gesamte kapitalgedeckte Vorsorge und führen zu Fehlallokationen von Kapital. Es baut sich ein gravierendes Zinsänderungsrisiko auf, und das nicht nur für Finanzinstitute, sondern auch für die öffentlichen Haushalte. In letzter Konsequenz droht die EZB sich ihrer Handlungsmöglichkeiten zu berauben.

**Prof. Dr. Christian Dreger** Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Regeln des Stresstestes waren zu locker, so dass die Ergebnisse eher zu optimistisch ausfallen. Beispielsweise sind die Strafzinsen, die die EZB für Bankeinlagen verordnet, nicht berücksichtigt, obwohl sie die Belastungen für Banken erhöht.

**Stefan Maly** Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors - Cortal Consors:

Neben einer im europäischen Vergleich unterdurchschnittlichen Kapitalausstattung zeigen sich die deutschen Banken sehr schwach bei der Generierung von Eigenkapital aus dem operativen Geschäft. Vor diesem Hintergrund droht der deutsche Bankensektor weiter ins Hintertreffen zu geraten.

## **FRAGE**

---

**Der Banken-Volkswirt Martin Hellwig kritisiert die vergleichbar geringe Kapitalausstattung deutscher Banken trotz ihrer globalen systemischen Bedeutung. Er fordert notfalls eine verpflichtende staatliche Kapitalunterstützung. Worin sehen Sie die Hauptursache der Probleme insbesondere deutscher Großbanken?**

**Welche Möglichkeiten sehen Sie, wie sich Banken sich aus der Misere befreien könnten?**

**Dr. Thomas Gitzel** Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Die Umsetzung der strengeren Regulierungen erfordert derzeit einen hohen Kapital- und Personaleinsatz. Neben dem darf aber die Digitalisierung und Innovation nicht in Vergessenheit geraten werden.



**Prof. Dr. Erwin Amann** Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Es ist sinnvoll, die Eigenkapitalquote zu erhöhen. Absurd ist es jedoch, auf Pflichteinlagen Negativzinsen zu verlangen. Negativzinsen sollten ausschließlich erhoben werden, wenn die Banken freiwillig darauf verzichten, das Kapital zur Verfügung zu stellen.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Die Banken kommen nicht umhin, Geschäftsmodelle zu entwickeln, bei denen trotz anhaltender Niedrigzinspolitik der EZB eine angemessene Rendite zu erzielen ist. Dabei müssen sie darauf achten, nicht in Risiken zu gehen, die sie nicht beherrschen (wie vor zehn Jahren).

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die ständig sinkende Ertragskraft erhöht gleichzeitig den Kapitalbedarf und die Instabilität des Sektors. Eine ständige Spirale. Die Fiskalpolitik vieler Länder (auch der BRD) versagt! Die Eigenorientierung der Politik (genannt: Primat) überfordert seit Jahren die finanz-ökonomische Anpassungsfähigkeit. Es ist einfach, Banker für alles schuldig zu machen und gegen Banken zu polemisieren.

**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Deutschland ist „overbanked“. Der Sektor muss schrumpfen. Die aktuellen Schwierigkeiten signalisieren den Redimensionierungsbedarf.

**Prof. Dr. David Stadelmann** Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

Während hohe Eigenkapitalvorschriften sinnvoll sind, sollte von staatlicher und EZB-Seite die Sinnhaftigkeit von immer strengerer Regulierungen hinterfragt werden.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Es geht nur mit mehr Eigenkapital - vom wem auch immer...

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Martin Hellwigs Vorschlag scheint mir kontraproduktiv und geradezu eine Einladung an Manager privater, großer Banken mögliche Verluste zu sozialisieren.

**Prof. emeritus Dr. Wolfgang Ströbele** Professor Emeritus, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Wenn Politik (hier: EZB) Märkte aus politischen Gründen abschafft (siehe auch „Energiewende“ als 2. Beispiel) geht das längerfristig völlig schief.

**Prof. Dr. Harald Hagemann** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Hohenheim:

Hellwig hat Recht



**Prof. Dr. Juergen von Hagen** Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Die verpflichtende staatliche Kapitalunterstützung entzieht dem Kapitalismus seine Rechtfertigung. Wird sie eingeführt, werden alle Banken „systemisch relevant“ sein.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Das Problem des „overbanking“ muss man angehen.

## **FRAGE**

---

**Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hatte mit einer Ministererlaubnis die Übernahme von Kaiser's Tengelmann durch den Branchenführer Edeka gestattet, obwohl das Bundeskartellamt diese untersagt hatte. Das Oberlandesgericht Düsseldorf wiederum warf Gabriel in einer Eil-Entscheidung Befangenheit vor und stoppte vorerst die Fusion. Halten Sie die Ministererlaubnis der Übernahme von Kaiser's Tengelmann durch Edeka für gerechtfertigt?**

**Eine Ministererlaubnis zielt explizit darauf ab, behördliche Entscheidungen auszuhebeln. Dieses Primat der Politik wurde durch den Gerichtsentscheid wiederum überschrieben. Sollte aus Ihrer Sicht in Einzelfällen wie Edeka+Tengelmann uneingeschränkt die Politik das letzte Wort haben dürfen?**

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Der Fall Tengelmann zeigt den Unsinn der Ministererlaubnis. Man könnte das Kartellamt gleich abschaffen, wenn Wettbewerbspolitik diskretionär werden soll.

**Prof. Dr. Erwin Amann** Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Es muss klare überprüfbare Regeln auch für die Ministererlaubnis geben. Gegebenenfalls muss dies auch vor Gericht einklagbar sein. Im Fall Tengelmann hätte man auch Filialschließungen und eine Zerschlagung von Tengelmann in Erwägung ziehen müssen.

**Prof. Dr. Volker Nitsch** Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Gerade der Fall Edeka/Tengelmann zeigt, wie wichtig die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung einer Ministerentscheidung ist.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Die Wettbewerbswirkung von Unternehmenszusenschlüssen können das Bundeskartellamt und die Monopolkommission dank des dort geballten Expertenwissens besser beurteilen als der Bundeswirtschaftsminister, der im vorliegenden Fall noch nicht einmal auf die Fachleute im eigenen Haus gehört hat. Sich als Politiker mit einer Ministererlaubnis über sachkundigen Rat hinwegzusetzen, das kommt einer „Anmaßung von Wissen“ (Hayek) gleich. Das immer wieder und auch diesmal ins Feld geführte Argument, viele Arbeitsplätze sichern zu wollen, klingt gut, steht aber auf tönernen Füßen, weil die wirtschaftliche Zukunft offen und damit auch ungewiss ist und kein Unternehmen garantieren kann, im Falle widriger Umstände die Beschäftigung voll zu erhalten.



**Prof. Dr. Bernd Genser** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Der Politik sollte nicht die Möglichkeit eingeräumt werden, kurzfristig wirksame Maßnahmen zu setzen, die langfristig zu unvermeidbaren Wohlfahrtseinbußen führen. .

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die entstehende Größe ist weder schlecht per se noch wird sie dauerhaft sein. Wir haben starke Wettbewerber (Lidl, Aldi und andere), dessen Dynamik institutionell (via Internet usw.) und bei sich ändernden Verbrauchergewohnheiten (Kochen usw.) sich bald rasant steigern wird.

**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Fusionskontrolle kann nur funktionieren, wenn Sie nicht durch opportunistisch tickende Politiker ausgehebelt werden kann.

**Prof. Dr. Siegfried F. Franke** Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:  
Auch politische Entscheidungen müssen sich an Recht und Gesetz halten.

**Dr. Manfred Schwenen** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Eine sinnvolle Lösung darf nicht an Formfehlern scheitern. Das Gericht überschreitet seine Kompetenzen.

## **FRAGE**

---

**Hat sich Ihre Einschätzung der konjunkturellen Lage im letzten Monat verändert?**

**PD Dr. Jochen Kurt Hartwig** Professor für Volkswirtschaftslehre insb. Wirtschaftspolitik, Technischen Universität Chemnitz:

Nein

**Dr. Thomas Gitzel** Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Nein. Für eine Änderung der Einschätzung fehlt es an Argumenten.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

ja

**Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué** Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, Otto-Guericke-Universität Magdeburg:

nein



**Dr. Klaus Schrüfer** Leiter Investment Strategy, Santander Bank:

nein

**Dr. Jochen Intelmann** Chefvolkswirt, Hamburger Sparkasse Private Banking/Analyse:

nein

**Prof. Dr. Erwin Amann** Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

nein

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Leicht verbessert auf kurze Sicht.

**Prof. Dr. Bernd Genser** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

nein

**Prof. Dr. Laszlo Goerke** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen:

nein

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Politische Programme heißen die Konjunktur an (der Wahlkampf beginnt, die Militärausgaben steigen)

**Prof. Dr. Gerhard Wegner** Lehrstuhl für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik, Universität Erfurt:

etwas schlechter

**Prof. Dr. Siegfried F. Franke** Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Ja

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** em. Professor, Universität zu Köln:

nein

**Prof. Dr. Thomas Apolte** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Ja

**Prof. Dr. David Stadelmann** Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

nein



**Dr. Manfred Schveren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

nein

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Nicht wirklich.

**Prof. emeritus Dr. Wolfgang Ströbele** Professor Emeritus, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Ja, Brexit, neue Unsicherheiten über die Weltwirtschaft und im Mittelmeer (Italien, Griechenland, ...)

**Dr. Dirk Schlotböller** Chefvolkswirt, DIHK:

Der anstehende „Brexit“ und die Pfundabwertung schaden den deutschen Exporten schon 2016.

**Prof. Dr. Harald Hagemann** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Hohenheim:

Nein

**Dr. Dirk Ehnts** Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:

Ja.

**Volker Hofmann** Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Nein

**Matthias Thiel** Europa-Volkswirt mit Schwerpunkt Deutschland, BNP Paribas:

Nein.

**Prof. Dr. Christian Dreger** Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Nein

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Es scheint sich etwas zu verlangsamen.

**Prof. Dr. Alfred Greiner** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität Bielefeld:

nein

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

nein, nicht wesentlich



**Prof. Dr. Juergen von Hagen** Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

nein

**Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

wegen der weltpolitischen Lage ein wenig schlechter

**Prof. Dr. Johannes Schneider** Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Katholische-Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Ein wenig

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

kaum

**Prof. Dr. Bruno Schöfeld** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

nein